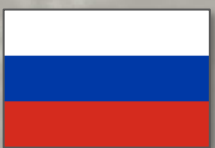


Russische Föderation

Rollenprofil | Kurzversion



Russische Föderation

Rollenprofil

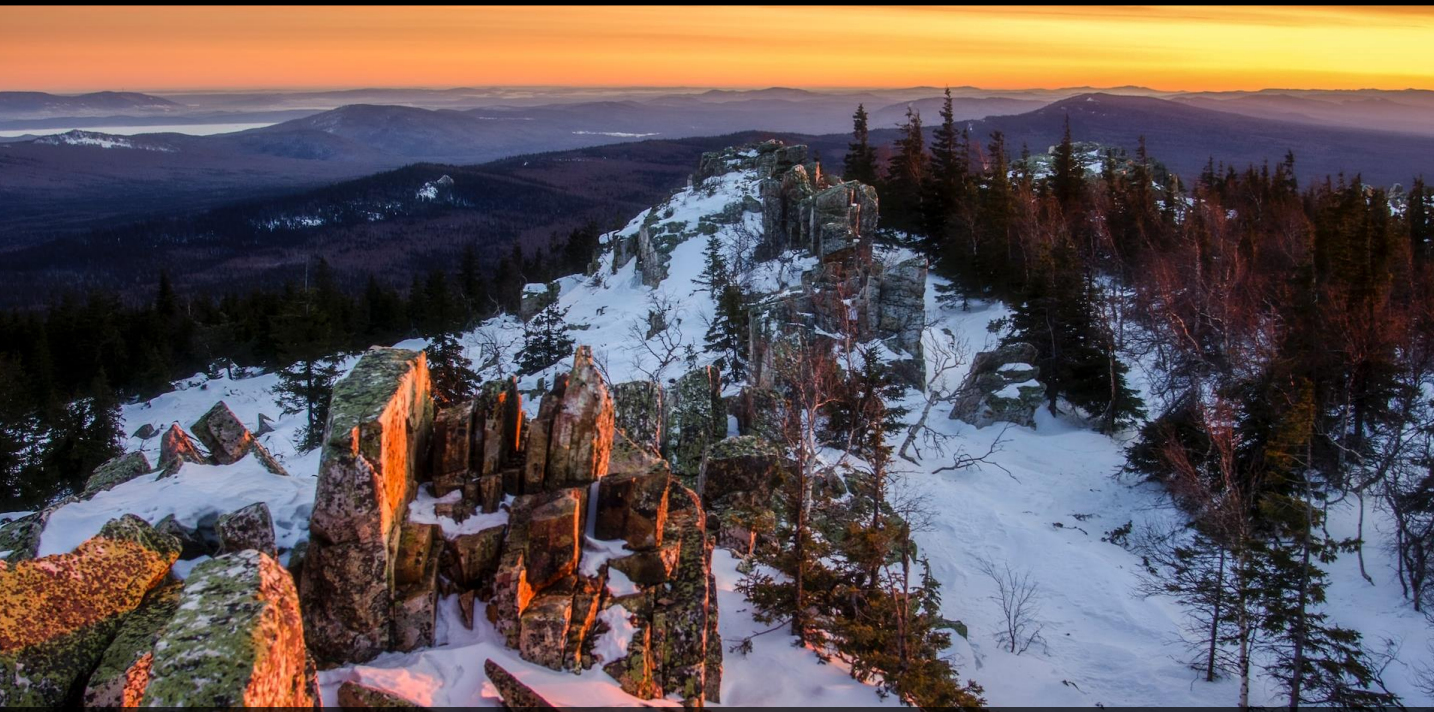


Abbildung: Landschaftsaufnahme Taganay, Russland | 2018 | Unsplash / Daniil Silantev | Lizenz: Unsplash



Abbildung: Matrjoschka-Puppen | 2013 | Flickr / CharlesFred | Lizenz: CC BY-NC-SA 2.0 DEED



Abbildung: Straße in Moskau, Russland | 2017 | Unsplash / Aleksandr Popov | Lizenz: Unsplash



Abbildung: Staatliche Universität in Moskau, Russland | 2018 | Unsplash / Alexander Smagin | Lizenz: Unsplash



Abbildung: Proletarskaya-Station, Sankt-Petersburg, Russland | 2020 | Unsplash / Mehrnaz Taghavishavazi | Lizenz: Unsplash



Abbildung: Narvskaya, Sankt-Petersburg, Russland | 2021 | Unsplash / Matvey Yelkin | Lizenz: Unsplash

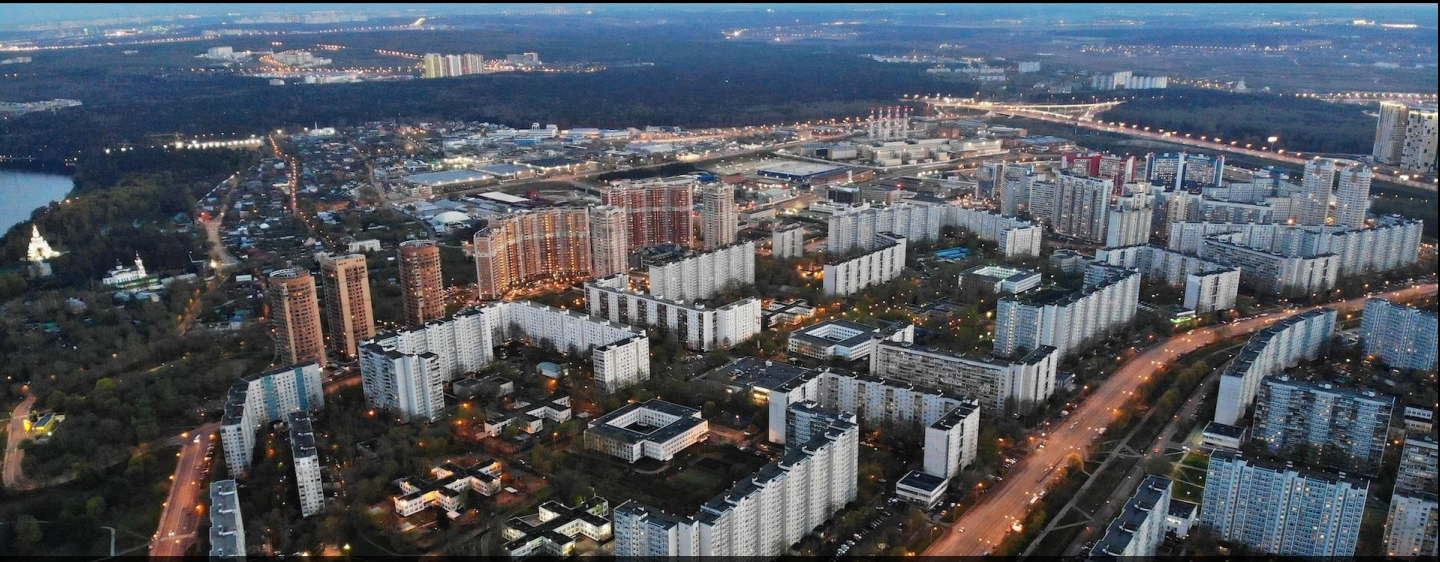


Abbildung: Strogino-Bezirk in Moskau, Russland | 2020 | Unsplash / Evgeny Krasnokutskiy | Lizenz: Unsplash



Abbildung: Ortsschild, Russland | 2021 | Wikimedia / Troncap | Lizenz: CC0 1.0 DEED



Abbildung: Militärparade in Moskau, Russland | 2015 | Flickr / Dmitry Fomin | Lizenz: CC BY-NC-ND 2.0 DEED



Abbildung: eine Prozession russisch-Orthodoxer in Russland | 2008 | Wikimedia / Gastroscan | Lizenz: CC BY-SA 3.0



Abbildung: Anti-Kriegs-Protest in Russland | 2022 | Wikimedia / Владислав Постников | Lizenz: CC BY-SA 4.0

Владислав Постников

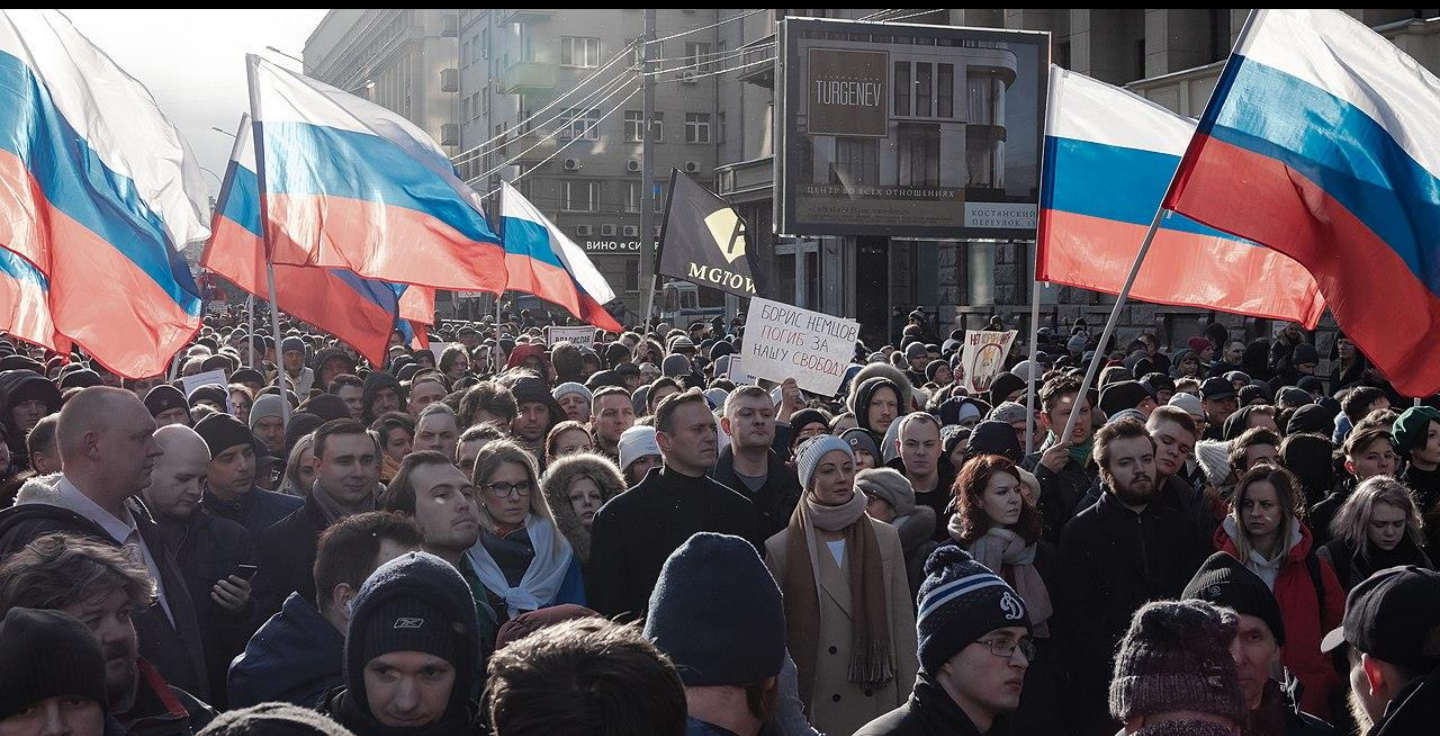


Abbildung: Gedenkmarsch mit dem Oppositionspolitiker Nawalny für den ermordeten Politiker Boris Nemtsov in Russland | 2020 | Wikimedia / Michał Sergiejewicz | Lizenz: CC BY 2.0



Russische Föderation

Allgemeine Informationen



Wikipedia¹

Russland



» Russland ([...] amtlich die Russische Föderation) ist [...] **flächenmäßig der größte Staat der Welt** [...]. Mit 144,5 Millionen Einwohnern (2019) steht es an 9. Stelle der bevölkerungsreichsten Staaten und ist zugleich einer der am dünnsten besiedelten.

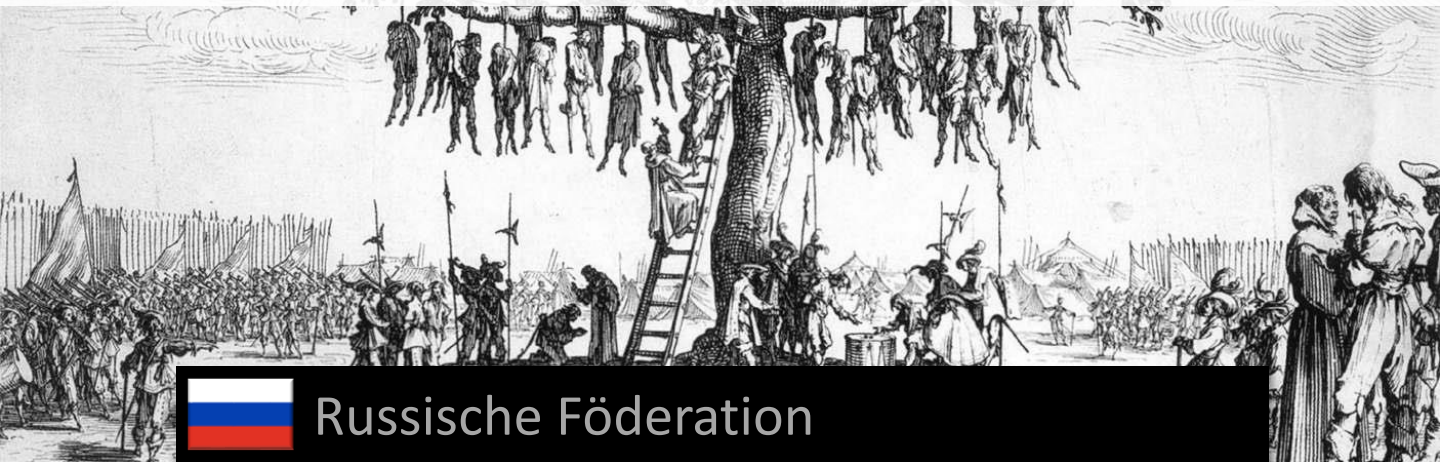
[...] Die Russische Föderation [...] ist „**Fortsetzerstaat**“ der Sowjetunion in internationalen Organisationen und ständiges Mitglied des Weltsicherheitsrates. Sie gehört zu den anerkannten Nuklearmächten und besitzt das weltgrößte Arsenal an Massenvernichtungswaffen. Russland ist Groß- und Regionalmacht und wird teilweise als potentielle Supermacht betrachtet. [...]

Die Annexion der Krim sowie der Krieg in der Ostukraine belastet die Beziehungen zwischen Russland und „dem Westen“. Die russische Regierung verletzt die europäische Friedensordnung und führt seit dem 24. Februar 2022 einen **völkerrechtswidrigen Angriffskrieg gegen die Ukraine**. [...]

„ein autoritäres System mit der Besonderheit förmlich fortbestehender demokratischer Einrichtungen. Diese gaukeln demokratische Verhältnisse lediglich vor. Nicht zufällig sprechen kritische Beobachter von einer **,simulierten Demokratie‘**.“ So enden polizeiliche und staatsanwaltliche Ermittlungen dort bzw. werden erst gar nicht begonnen, wo sie einflussreiche Politiker berühren. [...]

Wiederholt kommt es zu **Anschlägen auf Oppositionelle** oder Brandanschläge auf deren Eigentum. [...] Seit 2015 drohen auch jeder Einzelperson, die sich mit einem improvisierten Protestplakat auf die Straße stellt, bis zu fünf Jahre Haft. In Russland saßen im Jahr 2013 geschätzte 600.000 Menschen in „strenger Lagerhaft“, darunter nicht nur nach Meinung der Menschenrechtsorganisation Memorial auch **politische Gefangene**. [...] Im Dezember 2015 unterschrieb Putin ein Gesetz, wonach das russische Verfassungsgericht auf Antrag der Regierung Urteile **internationaler Gerichte** außer Kraft setzen kann [...]. Homosexualität in Russland ist weitgehend tabuisiert. Die gesetzlichen Regelungen beinhalten unter anderem ein **Verbot „homosexueller Propaganda“**, was von Kritikern als Verstoß gegen [...] die Meinungsfreiheit gewertet wird. [...] Auf der Krim hat sich die Menschenrechtsslage seit der Besetzung durch Russland erheblich verschlechtert. Laut einem Bericht [des OHCHR] kommt es immer wieder zu willkürlichen Verhaftungen und Folter, auch eine **außergerichtliche Hinrichtung** ist dokumentiert. «

¹ Wikipedia – Russland: <https://de.wikipedia.org/wiki/Russland> [04.03.2022]



Russische Föderation

Position: Todesstrafe



Russia Beyond (2018)¹

Warum gibt es in Russland keine Todesstrafe?



- **Wechselvolle Geschichte** in Russland zur Todesstrafe
- **Iwan der Schreckliche** habe die Todesstrafe im 16. Jahrhundert bei Diebstahl, Mord und Raub anwenden lassen. Die Hingerichteten seien zum Teil in Wasser, Öl oder Wein gekocht worden.
- **1744 Verbot.** Zarin Elisabeth habe bereits 1744 die Todesstrafe in Russland verbieten lassen, als eines der ersten Länder Europas.
- **Wiedereinführung im 19. Jhd.** Zwischen 1805 und 1905 seien wieder etwa 300 Menschen hingerichtet worden.
- **Hinrichtungen für Gegner des Zaren.** Die Zahl der Hinrichtungen sei von 1905 bis 1913 auf fast 3000 gestiegen. Die Strafe sei vor allem gegen Gegner der Monarchie und des Zaren verhängt worden.
- **Hinrichtungen ohne Gerichtsverfahren.** In der Zeit des Bürgerkriegs sei die Zahl der Hinrichtungen weiter angewachsen, auf 6.500 allein im Jahr 1920. Die Todesstrafe sei auch ohne reguläre Gerichtsverfahren verhängt worden.
- **„Großer Terror“ in Sowjetunion.** In der Sowjetunion sei die Todesstrafe exzessiv eingesetzt worden. Zwischen den Jahren 1930 und 1953 hätten im Durchschnitt etwa 14.000 Hinrichtungen jährlich stattgefunden.
- **nach Ende der Sowjetunion: Moratorium / Aussetzen der Todesstrafe.** Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion sei Russland unter Präsident Boris Jelzin im Jahr 1996 internationalen Menschenrechtsverträgen beigetreten. Russland habe seitdem keine Todesstrafe mehr verhängt oder angewendet.
- **Verfassungsgericht 2009.** Das russische Verfassungsgericht habe im Jahr 2009 allen Gerichten verboten, die Todesstrafe zu verhängen und dazu aufgefordert, das Moratorium fortzuführen.
- **Justizfehler möglich und nicht immer faire Verfahren.** Gegen die Todesstrafe spreche unter anderem, dass die Gerichtsverfahren in Russland nicht immer fair seien und Fehler gemacht würden. Beispielsweise sei der Ukrainer Alexander Krawtschenko durch Folter zu einem Geständnis für einen Mord gezwungen und im Jahr 1983 hingerichtet worden. Später kam heraus, dass der Mord von jemand anderem begangen und Alexander Krawtschenko zu Unrecht hingerichtet wurde.



¹ **Russia Beyond** (2018): <https://de.rbth.com/geschichte/80535-warum-russland-keine-todesstrafe> [13.03.2022] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: » *Russia Beyond, bis 2017 Russia Beyond the Headlines* [...] ist ein nachrichtenorientiertes Onlineangebot des vom russischen Staat finanzierten RT-Eigentümers Ano TV Nowosti [...]. *Russia Beyond* wird von westlichen Journalisten kritisiert als russische halbregierungsamtliche Propaganda-Organisation und teilweise auch als „Propaganda-Zeitung“ bezeichnet. Im Unterschied zu RT oder Sputnik News deutsch fänden sich jedoch auch kritische Untertöne zur russischen Regierung oder Zuständen dort, da der Zweck von *Russia beyond* weniger der „Kampf der Meinungen“, sondern Imagewerbung für Russland sei. *Russia beyond* versuche dabei, durch Offenheit Sympathie für Russland zu wecken und daneben Verständnis für Positionen der russischen Führung. Dabei werden regierungskritische Stimmen in Russland abgebildet, aber die Führung im Kreml als liberaler abgebildet, als sie sei. [...] Die Zeitung selbst sieht sich als kritisch, überlasse jedoch nach eigenen Worten „vernichtende Kritik an Russland“ anderen. «



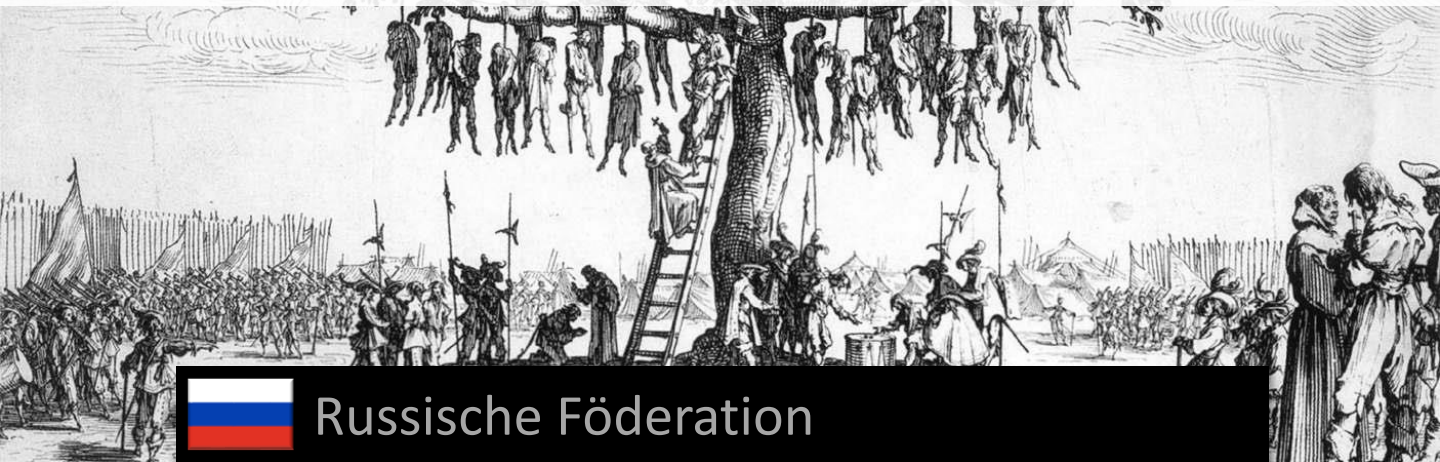
Russische Föderation

Zusammenfassung



- **In 90er Jahren Demokratisierung.** In den 1990er Jahren habe es eine Phase der Demokratisierung gegeben. Man habe internationale Abkommen unterschrieben und internationale Gerichte anerkannt. Doch spätestens mit Präsident Putin sei diese Phase beendet und Russland werde wieder autoritärer.
- **Angst vor Umsturz.** In Russland gebe es Angst, dass die Regierung gestürzt werden könnte. Deshalb unterdrücke man die Zivilgesellschaft, abweichende Politiker:innen und kritische Journalist:innen. Allein bei der regierungskritischen Zeitung *Nowaja Gaseta* seien seit dem Jahr 2000 fünf Journalist:innen ermordet worden. Die Zeitung erhielt für ihre Berichterstattung trotz dieser schwierigen Umstände 2021 den Friedensnobelpreis.
- **Menschenrechtsorganisationen** wie Amnesty Internationale würden stark behindert. Sie müssen sich selbst als „ausländische Agenten“ bezeichnen, hohe Geldstrafen zahlen, werden verboten oder ihre Mitglieder bedroht.
- **Mysteriöse Morde.** Russland sei bekannt dafür, dass Regierungskritiker:innen im In- und Ausland immer wieder unter mysteriösen Umständen vergiftet werden, aus dem Fenster stürzen oder auf andere Arten ums Leben kommen: *„Journalisten, Blogger, Ärzte, Geschäftsleute, Politiker, Putin-Kritiker, Überläufer – auf mysteriöse Weise sterben in Putins Reich immer wieder Menschen, die sich mit dem System anlegen oder nicht mitspielen.“*¹
- **Kritik ignoriert.** Kritik an Menschenrechtsverletzungen werde in Russland weitgehend ignoriert.
- **Missbrauch der Menschenrechte.** Russland sagt, die westliche Welt ertrage es nicht, dass Länder wie Russland und China eigenständiger würden und missbrauche das Thema Menschenrechte, um Länder wie Russland ungerechtfertigt zu kritisieren.
- **Eigener Weg.** Russland sagt, es gehe bei Menschenrechten seinen eigenen Weg.
- **Religion über Menschenrechten.** Präsident Putin betone bei zahlreichen Gelegenheiten die Wichtigkeit der russisch-orthodoxen Kirche. Deren Führer sagt, die traditionellen Werte des heiligen Russlands hätten Vorrang vor den Menschenrechten. Die westliche Welt sei verkommen und wolle Russland zerstören. Russland befinde sich mit ihr im Kriegszustand.
- **Internationaler Strafgerichtshof.** Der ehemalige russische Präsident Medwedew sagte, jeder Versuch eines Landes, Präsident Wladimir Putin aufgrund eines Haftbefehls des Internationalen Strafgerichtshofs festzunehmen, werde von Russland als Kriegserklärung betrachtet. Er sprach auch davon, dass Russland bei einer möglichen Festnahme in Deutschland Raketen auf den Bundestag abfeuern werde.





Russische Föderation

Position: Todesstrafe



Vertretung der Russischen Föderation (2021)¹

Erklärung des Vertreters der Russischen Föderation auf der 46. Tagung des UN-Menschenrechtsrats während einer Debatte über die Todesstrafe



- **Diskussion sinnvoll.** Eine Diskussion über die Todesstrafe im Rahmen des UN-Menschenrechtsrates werde von der russischen Föderation begrüßt.
- **Todesstrafe nicht allgemein verurteilen.** Man solle die Todesstrafe nicht allgemein verurteilen, sondern dabei die Besonderheiten der unterschiedlichen Länder berücksichtigen auf Gebieten der Geschichte, Kultur, Religion usw.
- **Todesstrafe Entscheidung der Staaten.** Die Festlegung von Strafen für unterschiedliche Verbrechen, inklusive der Entscheidung, ob die Todesstrafe angewandt wird, liege allein bei den einzelnen Regierungen und nicht bei anderen Ländern oder NGOs.
- **Zurückhaltung von Gegnern der Todesstrafe gefordert.** Die Diskussion zur Todesstrafe gehe ausschließlich in Richtung ihrer Abschaffung. Länder und Organisationen, die die Todesstrafe weltweit abschaffen wollen, sollten hier nicht so offensiv und eskalierend auftreten.
- **Hinrichtungsmethoden,** die zu unnötigen Qualen führen, seien zu verurteilen.
- **Moratorium seit 1999.** Russland habe die Vollstreckung der Todesstrafe seit 1999 ausgesetzt.

Euractiv (2022)²

Wiedereinführung der Todesstrafe?

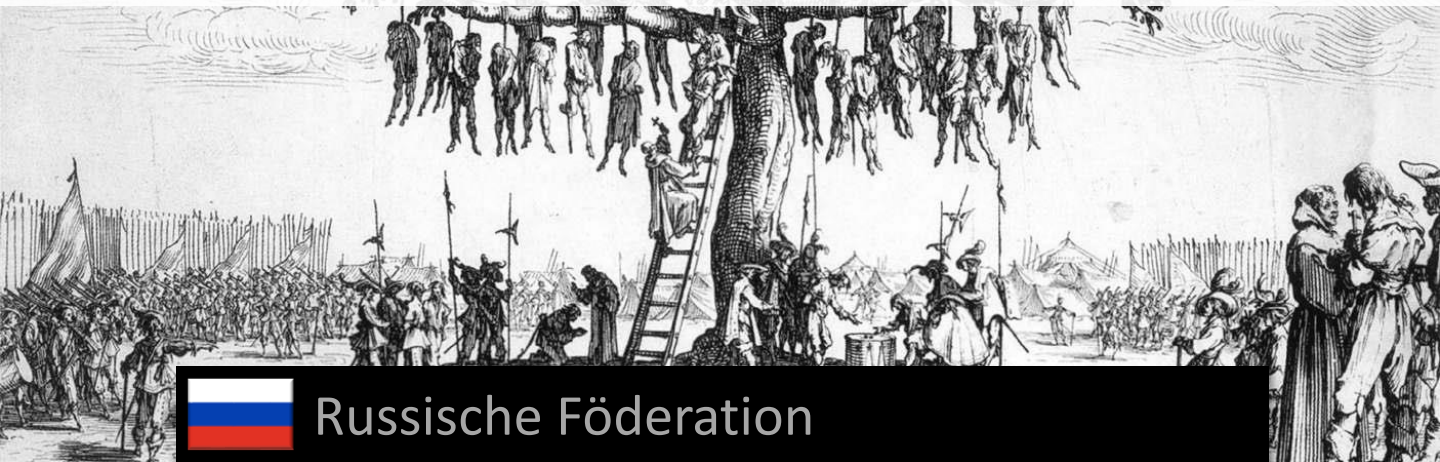
- **Angriff auf Ukraine verurteilt.** Der Angriffskrieg der russischen Armee gegen die Ukraine 2022 sei von vielen UN-Mitgliedsstaaten verurteilt worden.
- **internationale Gerichtshöfe ignoriert.** Anlässlich dieser internationalen Ablehnung habe Russland angekündigt, es wolle sich nun auch nicht mehr an Urteile internationaler Gerichtshöfe oder europäische Menschenrechtsstandards halten.
- **Todesstrafe wieder vollstrecken?** Der hochrangige russische Politiker und ehemalige Premierminister Dmitri Medwedew kündigte an, dass dies eine gute Gelegenheit wäre, um in Russland zur Todesstrafe zurückzukehren.
- **Verweis auf China und USA.** Medwedew fügte hinzu, dass China und die USA ja auch an der Todesstrafe festhalten würden.

¹ Statement der russischen Vertretung | 2021 | übersetzt aus dem Russischen:

https://hrcmeetings.ohchr.org/HRCSessions/HRCDocuments/41/SP/33981_46_15c50c7c_9eb0_4000_983e_8d936bf49096.docx [13.03.2022]

² Euractiv (2022): <https://www.regjeringen.no/en/aktuelt/high-level-conference--towards-childhoods-free-from-corporal-punishment/id2502475/> [13.03.2022]

| Quellenbeschreibung laut Wikipedia: » Euractiv ist ein 1999 von Christophe Leclercq gegründetes Internet-Nachrichtenportal. Es behandelt Themen mit Bezug zur Europäischen Union [...] Programmatischer Schwerpunkt der Berichterstattung sind politische Debatten zwischen Regierungen, der Wirtschaft und der Zivilgesellschaft. «




Russische Föderation

Position: Todesstrafe



Vertretung der Russischen Föderation (2021)¹

Erklärung des Vertreters der Russischen Föderation auf der 46. Tagung des UN-Menschenrechtsrats während einer Debatte über die Todesstrafe 

» Frau Vorsitzende,

Die Russische Föderation bewertet die [...] Durchführung regelmäßiger Diskussionen über die Frage der Todesstrafe im Rahmen des UN-Menschenrechtsrates positiv. Wir sind davon überzeugt, dass ein gleichberechtigter und **konstruktiver Dialog** zu diesem sensiblen Thema einen spürbaren Beitrag zur Bildung eines höheren internationalen Standards im Bereich der Gewährleistung des Rechts auf Leben leisten kann.

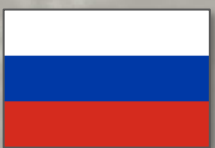
Gleichzeitig halten wir es für wichtig, die Positionen aller interessierten Länder zu berücksichtigen, einschließlich derjenigen, deren Gesetzgebung aus dem einen oder anderen Grund die Anwendung dieser außergewöhnlichen Strafmaßnahme zulässt. Ohne **Berücksichtigung der historischen, kulturellen, religiösen und sonstigen Merkmale** von Staaten, die an der Todesstrafe festhalten, wird die Diskussion dieses Themas unproduktiv sein. Maßgebend sollte dabei die Einsicht sein, dass **allein der Staat das souveräne Recht** hat, das Strafsystem für die Begehung rechtswidriger Handlungen auf seinem Hoheitsgebiet festzulegen.

In diesem Zusammenhang bemerken wir den sich abzeichnenden Trend der jüngsten Diskussionen zum Thema Todesstrafe ausschließlich in Richtung ihrer weltweiten Abschaffung oder gar ihres Verbots. Dies gilt ebenso für die aktiv propagierte Gleichsetzung der Todesstrafe mit der rechtswidrigen Tötung. Wir sind davon überzeugt, dass die weitere Bewegung auf diesem Weg nur mit der **Eskalation der Konfrontation** behaftet ist.

Apropos Todesstrafe, es ist notwendig, eine klare Unterscheidung zu treffen zwischen der Verhängung der Todesstrafe für die schwerwiegendsten Verbrechen [...] und die Methoden zu ihrer Durchsetzung. Wenn wir über die Verwendung von minderwertigen tödlichen Injektionen oder anderen **Methoden** sprechen, die die letzten Stunden des Lebens der Verurteilten in endlose körperliche Qualen verwandeln, dann sind sie verurteilungswürdig und müssen überarbeitet werden.

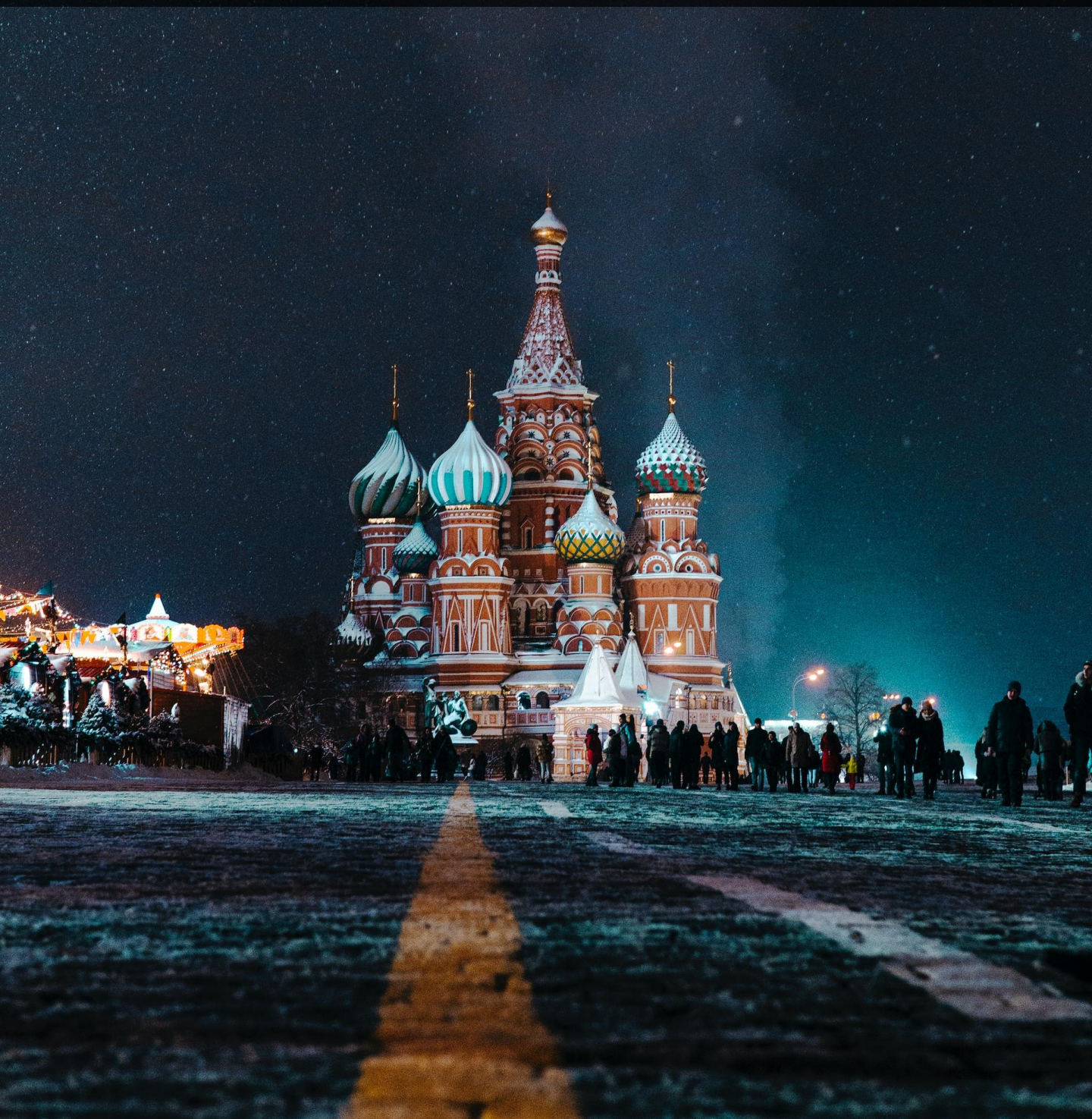
Abschließend möchten wir das Engagement der Russischen Föderation für die Einführung eines **Moratoriums** für die Todesstrafe bekräftigen, das in unserem Land seit 1999 in Kraft ist.

Danke für die Aufmerksamkeit. «



Russische Föderation

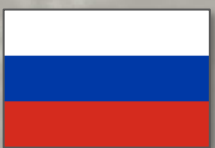
Rollenprofil



Russische Föderation

Rollenprofil | vertiefende Infos





Russische Föderation

Rollenprofil



Russische Föderation

Allgemeine Informationen



bbp – Bundeszentrale für politische Bildung (2016)¹ *Menschenrechte in Russland*



» Wenn in Russland von Menschenrechten die Rede ist, sind meist soziale Garantien gemeint: Wohnen, Heizung, Essen und Arbeit. **Politische Rechte** hingegen werden im Zuge der antiwestlichen Tendenzen in der Politik der vergangenen Jahre häufig als **unvereinbar mit den traditionellen russischen Werten** dargestellt. Dementsprechend schrumpfen die gesellschaftlichen Freiräume in Russland zusehends. [...]

Die ranghöchste Menschenrechtlerin Russlands trägt Uniform und einen großen Stern auf ihren Schulterklappen. Am 22. April 2016 wählte das russische Parlament Tatjana Moskalkowa zur neuen Menschenrechtsbeauftragten. Die 61-jährige Generalmajorin entstammt dem Innenministerium – jener Behörde, in deren Reihen Menschenrechtler besonders viele Vergehen bis hin zu Körperverletzung und Folter durch Polizeibeamte erkennen. [...]

Entscheidend war vielmehr, was sie gleich nach ihrer Bestätigung durch das Parlament sagte: "Das **Menschenrechtsthema** wird von westlichen und amerikanischen Strukturen aktiv als Waffe für Erpressung, Spekulation, Drohungen, Destabilisierung und **als Versuch benutzt, auf Russland Druck auszuüben**. [...] Ihre Aufgabe sei vor allem der Schutz der Menschenrechte der Russen im Ausland, vor allem im Baltikum und in der Ukraine. [...]

Russland gehe seinen **eigenen Weg**, heißt es. [...] Die staatliche Politik [...] geht seit gut drei Jahren aggressiv gegenüber Organisationen vor, die eigenständig und in kritischer Distanz arbeiten: Die Zivilgesellschaft wird in gute Organisationen wie die der Bienezüchter und schlechte wie die der Menschenrechtler unterteilt. [...]

Die Erweiterung des Gesetzes ist vor allem auf die Proteste auf Moskaus Straßen im Winter 2011/2012 zurückzuführen, da im Kreml die **Angst vor einer von außen gesteuerten "Farbenrevolution"** ein geradezu paranoides Ausmaß annahm. Seither können NGOs, die ausländische Finanzierung erhalten und sich politisch betätigen, durch das Justizministerium auf eine Liste "**ausländischer Agenten**" gesetzt werden. Ende August 2016 standen auf der Liste 140 Organisationen, die sich zumeist um den Umweltschutz, um Menschenrechte, Geschlechtergerechtigkeit und Migrantenschutz bemühen. Viele dieser "Agenten"-Organisationen lösen sich auf, da die folgenden Büroprüfungen durch Staatsorgane und Geldstrafen ihre Arbeit lahmlegten. «



¹ Statement der norwegischen Ministerin für Kinder und Gleichstellung, Solveig Horne (2016): <https://www.regjeringen.no/en/aktuelt/high-level-conference--towards-childhoods-free-from-corporal-punishment/id2502475/> [31.03.2021]



Russische Föderation

Allgemeine Informationen



bpb – Bundeszentrale für politische Bildung (2016)¹ Menschenrechte in Russland



» Eine Gesetzesänderung im Juni 2016 hat die repressive Schraube noch weitergedreht: Dank einer detaillierten Definition der "politischen Tätigkeit" können künftig **alle NGOs**, auch soziale oder wohltätige, zum **"Agenten" erklärt werden**. [...] "Politische Tätigkeiten" sind unter anderem Aufrufe an Regierungsbehörden, die Organisation öffentlicher Versammlungen und Debatten, Wahl-Monitoring, die Veröffentlichung von Meinungsumfragen, die Verbreitung von Meinungen zu Regierungsentscheidungen. [...]

[Das Gesetz] beschränke die Organisationsfreiheit, die Versammlungsfreiheit, die freie Meinungsäußerung. Aber die **Kritik der Experten** [...] **wird in Russland weitgehend ignoriert** oder als feindlicher Akt angesehen.

Die Liste der **repressiven Maßnahmen** der russischen Führung in den vergangenen vier Jahren, so bilanzieren Menschenrechtler, ist lang: Mehr als 30 neue Gesetze oder Gesetzesänderungen zur Einschränkung der gesellschaftlichen Freiräume habe es gegeben [...]

Die repressive Stimmung führt auch zu Übergriffen: Im Dezember 2014 setzte eine Gruppe Maskierter das Hauptquartier der Menschenrechtsorganisation Komitee gegen Folter im tschetschenischen Grosnyj in Brand. Im März 2016 überfielen Unbekannte den Leiter der Organisation, Igor Kaljapin, übergossen ihn mit Farbe und verprügelten ihn. **Menschenrechtler werden bedroht** und entführt – ohne Folgen für die Täter. [...]

Nach dem Zusammenbruch der Sowjetunion erkannte Russland in seiner Verfassung die Rechte und Freiheiten des Menschen als die höchsten Werte an, unterzeichnete die [...] Menschenrechtskonvention und unterwarf sich der Rechtsprechung des [...] Gerichtshofs für Menschenrechte. Doch am 15. Dezember 2015 unterschrieb Präsident Putin ein neues Gesetz, das dem Verfassungsgericht das Recht zuspricht, Entscheidungen des Europäischen Gerichtshofs auf ihre Tauglichkeit für das eigene Land prüfen zu dürfen. Damit wurde der Vorrang des internationalen Menschenrechts in Russland wieder infrage gestellt. «

¹ bpb – Bundeszentrale für politische Bildung (2016): <https://www.bpb.de/themen/recht-justiz/dossier-menschenrechte/38780/menschenrechte-in-russland/> [31.03.2021] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: „Die Bundeszentrale hat die Aufgabe, durch Maßnahmen der politischen Bildung Verständnis für politische Sachverhalte zu fördern, das demokratische Bewusstsein zu festigen und die Bereitschaft zur politischen Mitarbeit zu stärken.“

MAKING THE INVISIBLE VISIBLE



www.amnesty.de/unSichtbar




Russische Föderation

Amnesty International



FAZ - Frankfurter Allgemeine Zeitung (2019)¹

Amnesty International: Unter Putin wurde Einsatz für Menschenrechte lebensgefährlich 

» In Russland wird der Einsatz für die Menschenrechte laut einem **Bericht von Amnesty International** immer gefährlicher. Das liegt zum einen an den russischen Behörden, die „mit repressiven Gesetzen und fingierten Strafverfahren gegen Kritiker und Aktivisten vorgehen“, wie die Menschenrechtsorganisation an diesem Dienstag beklagte. Aktivisten müssten daher immer häufiger willkürliche Festnahmen und Strafverfahren befürchten. Zum anderen gebe es „eine wachsende Zahl gewaltsamer Übergriffe und **Morddrohungen gegen Menschenrechtler**“.

Seit Beginn der dritten Amtszeit von Präsident Wladimir Putin im Jahr 2012 hätten sich die Rahmenbedingungen für Menschenrechtsarbeit in Russland „**massiv verschlechtert**“, erklärte der Russland-Experte von Amnesty in Deutschland, Peter Franck. „Wer sich in Russland für die Menschenrechte einsetzt, muss um seine Freiheit, seine Gesundheit, sein Leben fürchten.“

Laut dem Amnesty-Bericht hat es in Russland seit 2012 dutzende Angriffe gegen Aktivisten gegeben. Diese **Angriffe würden nicht effektiv untersucht**, die Verantwortlichen kämen ungestraft davon. „Es fehlt der politische Wille, Menschenrechtsverteidiger wirksam zu schützen“, kritisierte Franck. „Damit tragen die russischen Behörden eine Verantwortung für die Übergriffe.“ [...]

Besonders dramatisch sei die Situation für Menschenrechtsaktivisten im Nordkaukasus, insbesondere in **Tschetschenien**. Sie lebten jeden Tag mit der Gefahr, überfallen, festgenommen, gefoltert oder getötet zu werden. „Menschenrechtsarbeit ist unter diesen Umständen kaum noch möglich“, erklärte Franck.

Seit 2012 habe das russische Parlament eine Reihe von Gesetzen verabschiedet, mit denen die Rechte auf Meinungs-, Versammlungs- und Vereinigungsfreiheit massiv beschränkt werden, beklagte Amnesty. „Mit diesen Gesetzen wird die **Arbeit zivilgesellschaftlicher Organisationen enorm behindert**“, erklärte Franck. „Gleichzeitig beobachten wir, dass insbesondere in den elektronischen Medien die Arbeit von Menschenrechtsorganisationen als Unterstützung von Terroristen diffamiert wird.“ «



Angriffskrieg gegen die Ukraine



WDR (2022)¹

Krieg in der Ukraine: Die Hintergründe kurz erklärt



» Am 24. Februar startete Russland einen **Großangriff auf die Ukraine**. Ein Ende der Kampfhandlungen ist noch nicht abzusehen. Wie konnte es zu diesem Angriffskrieg kommen - mitten in Europa? Was hinter den aktuellen Entwicklungen steckt und wer welche Positionen vertritt, das zeigt der folgende Überblick. [...]

Bis 1991 war die Ukraine eine von 15 Sowjetrepubliken - also ein Teil der damals riesigen **Sowjetunion**. Seit deren Auflösung sind die ehemaligen Sowjetrepubliken eigene Staaten. Estland, Litauen und Lettland gehören mittlerweile der EU und dem Militärbündnis **NATO** an - die Ukraine dagegen nicht. In die NATO will die Ukraine schon lange aufgenommen werden [...]

Der **Wunsch, EU-Mitglied zu werden**, besteht bei einem großen Teil der ukrainischen Bevölkerung schon lange. 2013 kamen hunderttausende Menschen in Kiew zu den **Maidan-Protesten** zusammen und forderten einen Anschluss an die EU. [...] In der Folge annektierte Russland die zur Ost-Ukraine gehörende Halbinsel **Krim** im Schwarzen Meer. Dadurch hat Russland völkerrechtliche Verträge gebrochen, in denen die Achtung von Grenzen [...] festgeschrieben ist.

Der **Konflikt zwischen Russland und der Ukraine** kommt seither nicht zur Ruhe. In der Nordost-Ukraine kämpfen ukrainische Soldaten seit fast acht Jahren gegen die von Russland ausgerüsteten "Separatisten". [...]

Eine weitere Behauptung Russlands, insbesondere von Präsident Putin, ist, dass im Osten der Ukraine ein Genozid an der russischen Minderheit verübt würde. Doch weder die OSZE noch die UN haben Hinweise auf einen **Völkermord**.

Am 24. Februar begannen russische Truppen, aus mehreren Richtungen in die Ukraine einzumarschieren und dort diverse Ziele anzugreifen.

Im Zuge der [...] Konflikte mit Russland ist deshalb immer wieder die Rede von der "Verletzung der Völkerrechte". Dabei handelt es sich um eine Rechtsordnung, nach der sich alle Staaten der Welt zu richten haben. Ein wichtiger Bestandteil etwa ist die **Menschenrechtserklärung**, nach der alle Menschen gleich und frei sind.

Basis für die Rechtsordnung ist die **Charta der Vereinten Nationen (UN)**. Der UN gehören 193 Staaten an, darunter auch Russland und die Ukraine. [...] Staaten, die das Völkerrecht anerkennen, ist es verboten, einen anderen Staat mit kriegerischen Mitteln anzugreifen. «



Russische Föderation

Pressefreiheit



Tagesschau (2022)¹

Maximaler Druck auf Russlands Medien



» Russinnen und Russen drohen für die Verbreitung kritischer Informationen über den Krieg in der Ukraine künftig bis zu **15 Jahre Haft**. Beide Kammern des russischen Parlaments stimmten für ein Gesetz, durch das die Weitergabe von "falschen" Berichten zur Straftat wird. [...]

Medien in Russland ist seit vergangener Woche verboten, in der Berichterstattung über den Krieg gegen die Ukraine **Begriffe wie "Angriff", "Invasion" und "Kriegserklärung"** zu verwenden. Moskau bezeichnet den Krieg als militärische "Sonderoperation". [...]

Schon unmittelbar nach seiner Verabschiedung durch das Parlament zeigte das Gesetz Wirkung. Das unabhängige **Nachrichtenportal "Znak"** aus Jekaterinburg [...] stellte unter Verweis auf die massiven Einschränkungen der vergangenen Tage seinen Dienst ein. [...] Die russischen Behörden hatten in den vergangenen Tagen schon **mehrere kritische Sender blockiert**. Der unabhängige Radiosender "Echo Moskwy" etwa hatte gestern seine Auflösung bekannt gegeben, nachdem er wegen seiner Berichterstattung über die Invasion in der Ukraine mit einem Sendeverbot belegt worden war. Der unabhängige Fernsehsender "Doschd" wurde verboten. [...] Die **"Novaja Gaseta"**, deren Chefredakteur Dmitri Muratow 2021 mit dem Friedensnobelpreis ausgezeichnet wurde, gab bekannt, dass sie ab sofort keine Nachrichten mehr über den Krieg in der Ukraine verbreiten werde. [...]

Auch das Onlineangebot der Deutschen Welle (DW) und weiterer **westlicher Medien** wie Voice of America, Radio Free Europe/Radio Liberty ist in Russland nun nicht mehr abrufbar. [...] Als Folge der Maßnahme der russischen Regierung setzte zuletzt auch die britische Rundfunkanstalt BBC die Arbeit aller ihrer Journalisten in Russland vorerst aus. [...]

Die russischen Behörden ordneten außerdem die Sperrung der Online-Netzwerke **Facebook und Twitter** an, über die sich bisher viele Menschen abseits der staatlichen Medien über den Einmarsch im Nachbarland informiert hatten. [...]

Wie groß der Druck auf die Zivilgesellschaft insgesamt ist, zeigen auch neue Durchsuchungen bei der Organisation "Memorial", einer der bekanntesten und ältesten **Menschenrechtsorganisationen Russlands**. Die Polizei habe keine Gründe für die Durchsuchung genannt, die Beamten hätten mit kugelsicheren Westen und Masken im Gesicht plötzlich vor der Tür gestanden und hätten gedroht, sich mit Gewalt Zutritt zu verschaffen, sagte der Memorial-Vorsitzende Jan Ratschinsky. «

¹ Tagesschau (2022): <https://www.tagesschau.de/ausland/europa/russland-gesetz-fakenews-strafen-103.html> [12.03.2022] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: » Die Tagesschau-Hauptausgabe ist die mit Abstand meistgesehene Nachrichtensendung im deutschen Fernsehen.[...] Die Hauptausgabe der Tagesschau sehen bis zu 16 Millionen Zuschauer. «



Russische Föderation

Menschenrechte und Religion



Deutschlandfunk (2022)¹

Moskau, das Dritte Rom. Die Orthodoxie und die Verteidigung des Abendlandes



» Wir haben in dieser Sendung seit **Kriegsbeginn** täglich über die Rolle der verschiedenen orthodoxen Kirchen berichtet. Gestern predigte der Moskauer Patriarch Kirill und er sprach von einem, wie er sagte, metaphysischen Kampf in dem es auch darum gehe, christliche Werte zu schützen vor einer Kultur der Dekadenz.

Als Inbegriff des Sittenverfalls gilt ihm **Homosexualität**, es war eine homophobe Predigt.

Solche Erzählungen sind nicht zu verstehen ohne einen Blick auf den Gründungsmythos, auf die Entstehung der sogenannten heiligen Rus. Eine Massentaufe im 10. Jahrhundert begründet das Selbstverständnis der russisch-orthodoxen Kirche als Hüterin des christlichen Abendlandes und sie begründet nicht nur ein geistliches Sendungsbewusstsein, sondern jetzt auch konkrete **Besitzansprüche gegenüber der Ukraine**. [...]

Leonid Reshetnikov ist Direktor des Instituts für strategische Forschung. [...] In einem Film über die Bedeutung der Krim für Russland erklärt der Historiker [...] Reshetnikov: „Hier begann die historische **Mission des russischen Volkes**, das Licht Christi, unser Verständnis vom Leben und unsere orthodoxe Zivilisation der ganzen Welt zu bringen. In dieser Kapelle wurde Fürst Vladimir getauft. Wir haben diese Quelle lange vergessen und müssen sie säubern. Sonst begreifen wir die Mission Christi nicht, mit der er das russische Volk betraut hat. Die Wiedereinigung mit der Krim unter Präsident Vladimir [Putin] erfolgte, ist nicht nur ein geopolitisches Ereignis, es ist ein göttliches Ereignis. Ein Neubeginn der göttlichen Mission, die das russische Volk seit 1000 Jahren erfüllt.“ [...]

Im 19. Jahrhundert entsteht auch die Parole „**Autokratie, Orthodoxie, Volkstümlichkeit**“, die auf den Punkt bringen soll, was russisch sein ausmacht. [...] Ein starker Staat, eine starke kirchliche Stütze desselben und die Gemeinschaft des gläubigen Volkes.

Mit der **Oktoberrevolution** [1917] wird die russisch-orthodoxe Kirche als enge Verbündete des Zarenreiches entmachtet und unterdrückt. Kirchen werden geschlossen oder abgerissen. **Priester verfolgt** und in Arbeitslager gesteckt. «



Russische Föderation

Menschenrechte und Religion



Deutschlandfunk (2022)¹

Moskau, das Dritte Rom. Die Orthodoxie und die Verteidigung des Abendlandes

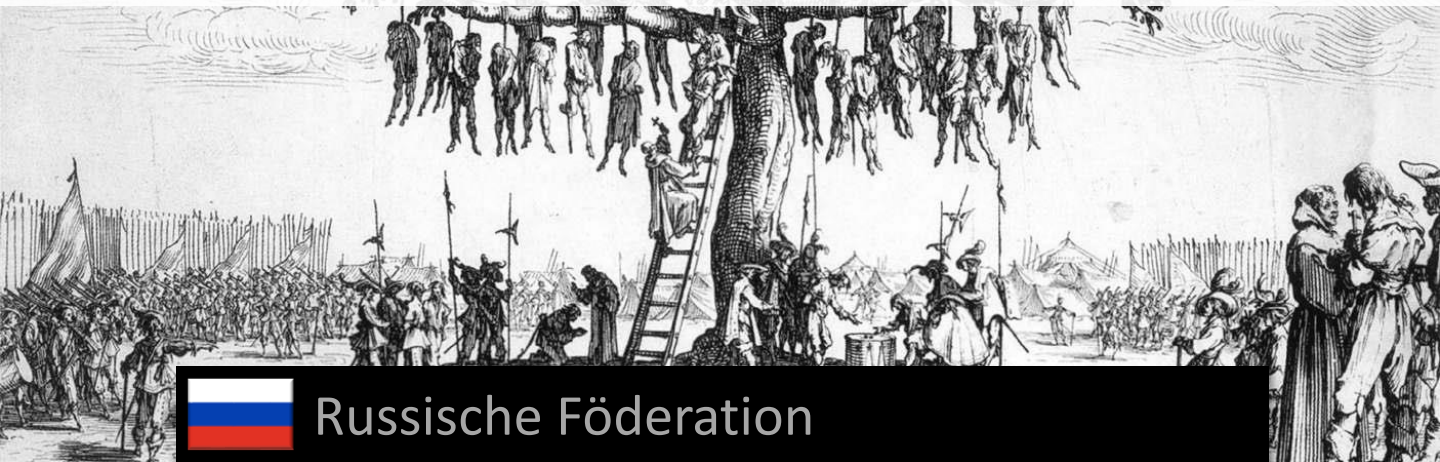


» Nach dem **Zusammenbruch der Sowjetunion** ändert sich die Situation. Priester, Bischöfe und Patriarchen waren auf einmal gesuchte Gesprächspartner. Die Kirche durfte in den Massenmedien auftreten, was vorher undenkbar gewesen ist. Es gab regelmäßige Sendungen plötzlich im Fernsehen, wo der jetzige Patriarch damals schon Gelegenheit bekam, Samstagabend, in bester Sendezeit regelmäßig Fragen zu beantworten zu religiösen Themen.

Die Kirchenleitung sucht die Nähe zum Staat und umgekehrt. Präsident Putin tritt gerne im kirchlichen Zusammenhang vor die Fernsehkameras, zeigt sich beim Gottesdienstbesuch, wie er Ikonen küsst oder Kerzen anzündet. Bei einem Treffen mit Patriarch Kirill sagt Putin: "die russisch-orthodoxe Kirche war zu jeder Zeit an der Seite des Volkes. Sie hat mit dem Volk alles Leid und alle Freude geteilt. Sie hat das Volk unterstützt und inspiriert. Sie hat das moralische Fundament unseres gesellschaftlichen Lebens und unserer nationalen Staatlichkeit gelegt. Die Grundlage all unserer Siege und Errungenschaften sind Patriotismus, Glaube und die Kraft des Geistes." [...]

Auf dem allrussischen Weltkongress in Moskau 2006 sagt Patriarch Kirill I., die **traditionellen Werte des heiligen Russland hätten Vorrang vor dem Konzept allgemeingültiger Menschenrechte.**

Er sagt, Russland befinde sich im **Kriegszustand mit dem Westen**. Auf einer Versammlung der orthodoxen Bistümer Russlands erklärt er, gegen das russische Volk werde ein gut geplanter und blutiger Krieg geführt, der seine Vernichtung zum Ziel habe. Im Westen sei eine gewaltige Industrie der moralischen Verkommenheit am Werke. Die russische Orthodoxie sei die einzige Kraft, die sich dieser tödlichen Bedrohung entgegenstellen könne. Der russische Präsident Putin greift diese Vorlage gern auf. [...] «



Russische Föderation

Position: Todesstrafe



Russia Beyond (2018)¹

Warum gibt es in Russland keine Todesstrafe?



» Historisch gesehen kennt Russland beide Perioden von Grausamkeit und Milde. Zar **Iwan der Schreckliche** (Regierungszeit 1547 - 1584) hatte die Todesstrafe in seinem Gesetzbuch für Diebstahl, Mord und Raub. Bei einigen Hinrichtungen mussten die Schuldigen in Wasser, Öl oder Wein getaucht oder gekocht werden.

Im 18. Jahrhundert waren die russischen Behörden humaner. **Zarin Elisabeth verbot 1744 die Todesstrafe**. Boris Akunin, ein zeitgenössischer Schriftsteller und Historiker, weist darauf hin: "Seit 20 Jahren wurde in Russland niemand hingerichtet. Es war einzigartig - kein europäischer Staat hatte damals so etwas. Und es ist definitiv lobenswert, der Erste zu sein. "

Auch Elisabeths Nachfolger versuchten die Todesstrafe zu vermeiden, verließen sich stattdessen auf Strafen, die das Leben der Menschen zerstörten. "**Statt zu exekutieren, verbannten sie Verbrecher zu Zwangsarbeit in Sibirien [...]**", sagte der Historiker Alexander Musafarow.

Im **19. Jahrhundert** der Attentate und revolutionären Gruppen wurde die Todesstrafe jedoch wieder immer verbreiteter: Zwischen 1805 und 1905 wurden rund 300 Menschen hingerichtet.

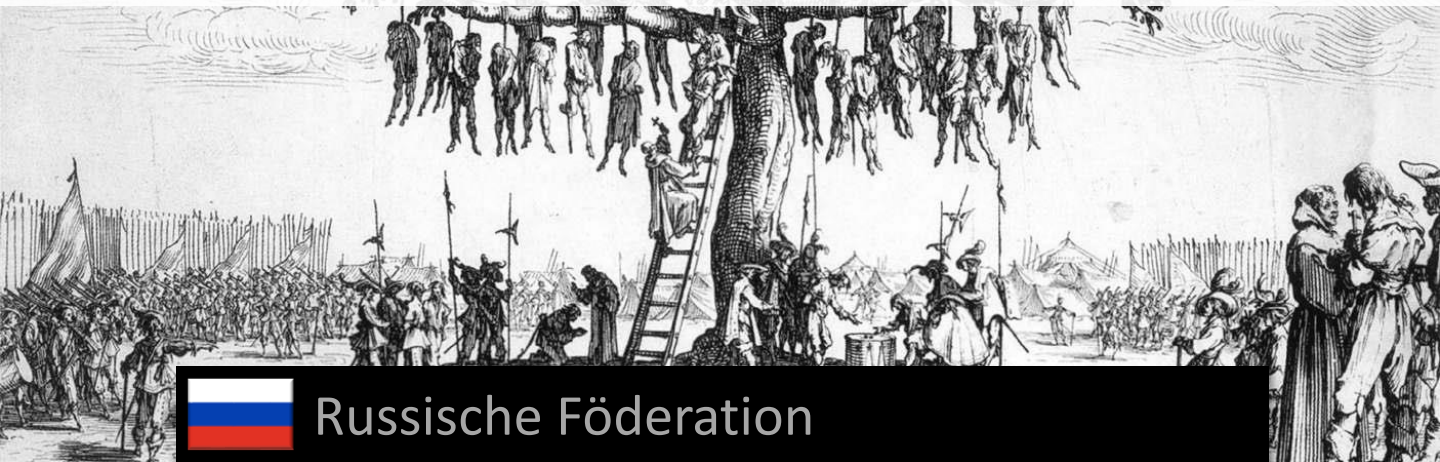
Und so sah Russland schon vor den zwei Revolutionen von 1917 wieder viele Hinrichtungen. Von 1905 bis 1913 schickten die Regierungsgerichte fast 3000 Menschen in den **Tod, um Versuche, die Monarchie zu stürzen, zu bekämpfen**.

Die Revolution hat es nicht besser gemacht: Sowohl die Provisorische Regierung als auch die Bolschewiki erklärten die Abschaffung der Todesstrafe erst später, um sie wieder einzuführen. Während des Bürgerkriegs von 1918 bis 1922 hatten die "Revolutionstribunale" das Recht, **Menschen ohne zivilgerichtliche Entscheidung hinzurichten**, und allein 1920 wurden 6500 Menschen zum Tode verurteilt.

Später predigte die **UdSSR** [Sowjetunion] eine menschlichere Position zur Todesstrafe, aber hauptsächlich auf dem Papier. "Formal betrachtet hat der Staat die Todesstrafe immer als außergewöhnliche und vorübergehende Maßnahme bezeichnet. Aber sie wurde weder in den 1920ern noch in den 1930ern abgeschafft".«



¹ **Russia Beyond** (2018): <https://de.rbth.com/geschichte/80535-warum-russland-keine-todesstrafe> [13.03.2022] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: » *Russia Beyond*, bis 2017 *Russia Beyond the Headlines* [...] ist ein nachrichtenorientiertes Onlineangebot des vom russischen Staat finanzierten RT-Eigentümers Ano TV Nowosti [...]. *Russia Beyond* wird von westlichen Journalisten kritisiert als russische halbregierungsamtliche Propaganda-Organisation und teilweise auch als „Propaganda-Zeitung“ bezeichnet. Im Unterschied zu RT oder Sputnik News deutsch fänden sich jedoch auch kritische Untertöne zur russischen Regierung oder Zuständen dort, da der Zweck von *Russia beyond* weniger der „Kampf der Meinungen“, sondern Imagewerbung für Russland sei. *Russia beyond* versuche dabei, durch Offenheit Sympathie für Russland zu wecken und daneben Verständnis für Positionen der russischen Führung. Dabei werden regierungskritische Stimmen in Russland abgebildet, aber die Führung im Kreml als liberaler abgebildet, als sie sei. [...] Die Zeitung selbst sieht sich als kritisch, überlasse jedoch nach eigenen Worten „vernichtende Kritik an Russland“ anderen. «



Russische Föderation

Position: Todesstrafe



Russia Beyond (2018)¹

Warum gibt es in Russland keine Todesstrafe?



» Unnötig zu sagen, dass die Scharfrichter zu Stalins Zeiten sehr beschäftigt waren. Laut KGB-Chef Wladimir Krjutschkow wurden zwischen 1930 und 1953 **768.000 Menschen** zum Tode verurteilt. Nach Stalins Tod endete **der Große Terror**, aber die Gerichte behielten die Todesstrafe bei. Zum Beispiel wurden zwischen 1961 und 1984 **13.000 Menschen** zum Tode verurteilt.

In dieser bitteren Realität war das **Moratorium von Jelzin** ein großer Schritt für den Fortschritt. [...] Andrej Tschikatilo, der mit mehr als 50 ermordeten Frauen und Kindern berüchtigtste Serienmörder in der Geschichte Russlands, war einer der letzten Verbrecher des Landes, die hingerichtet wurden. Er flehte um Vergebung und bat den damaligen Präsident Boris Jelzin, ihn „wie Napoleon auf eine einsame Insel oder in die Taiga mit ihren Tigern zu schicken“.

Die Behörden blieben aber unnachgiebig, 1994 wurde der Psychopath erschossen. Tschikatilo verpasste so nur um zwei Jahre die Chance, vom russischen **Moratorium** auf die Vollziehung der Todesstrafe zu profitieren, das 1996 [...] in Kraft trat. Seitdem wurde in Russland niemand mehr zum Tode verurteilt.

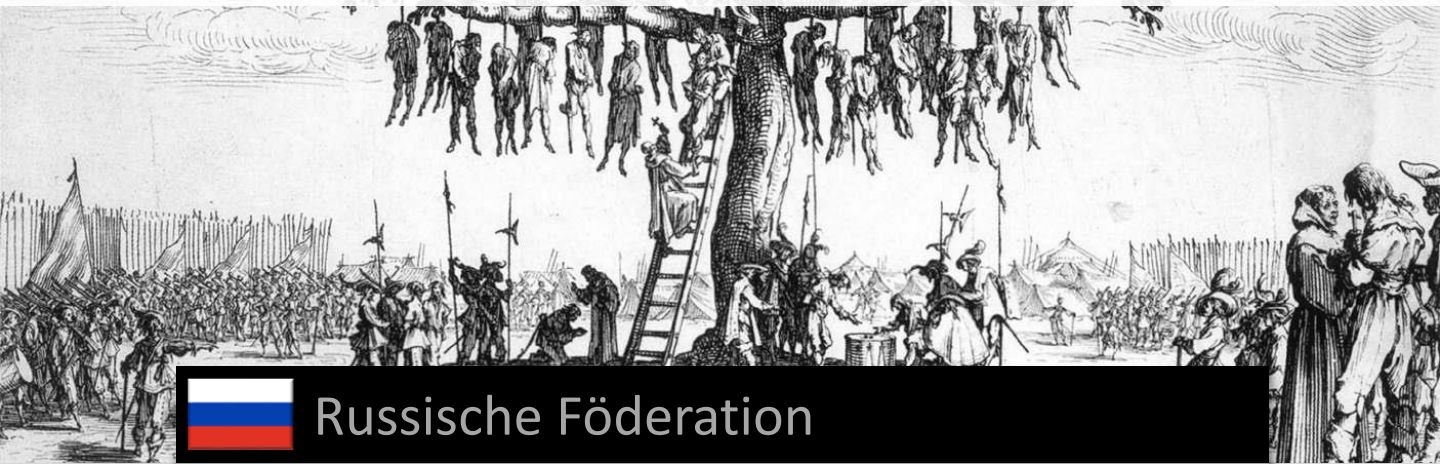
Nach dem Auslaufen des Moratoriums im Jahr 2009 beschloss Russland, das **Hinrichtungsverbot beizubehalten**, und das Verfassungsgericht untersagte den Gerichten offiziell, Menschen zu Tode zu verurteilen. [...] Nicht jeder in Russland ist darüber glücklich. Laut einer Umfrage des Lewada-Zentrums glaubten 2017 **44 Prozent** der Befragten, dass die Todesstrafe erneut erlaubt werden sollte.

"Ich denke, das wäre ein großer Fehler für Russland, unter den gegenwärtigen Umständen auch noch Hinrichtungen durchzuführen", sagt der Anwalt Andrei Bilezkij gegenüber Gazeta.ru. "Wenn **Gerichte korrupt** sind, können Urteile zu einem Mittel werden, um Punkte zu begleichen, und es können **Fehler** gemacht werden."

Und solche **Fehler sind unvermeidlich**: 1983 wurde zum Beispiel der Kriminelle Alexander Krawtschenko für ein Verbrechen hingerichtet, das tatsächlich Tschikatilo begangen hat. «



¹ **Russia Beyond** (2018): <https://de.rbth.com/geschichte/80535-warum-russland-keine-todesstrafe> [13.03.2022] | Quellenbeschreibung laut Wikipedia: » *Russia Beyond*, bis 2017 *Russia Beyond the Headlines* [...] ist ein nachrichtenorientiertes Onlineangebot des vom russischen Staat finanzierten RT-Eigentümers Ano TV Nowosti [...]. *Russia Beyond* wird von westlichen Journalisten kritisiert als russische halbregierungsamtliche Propaganda-Organisation und teilweise auch als „Propaganda-Zeitung“ bezeichnet. Im Unterschied zu RT oder Sputnik News deutsch fänden sich jedoch auch kritische Untertöne zur russischen Regierung oder Zuständen dort, da der Zweck von *Russia beyond* weniger der „Kampf der Meinungen“, sondern Imagewerbung für Russland sei. *Russia beyond* versuche dabei, durch Offenheit Sympathie für Russland zu wecken und daneben Verständnis für Positionen der russischen Führung. Dabei werden regierungskritische Stimmen in Russland abgebildet, aber die Führung im Kreml als liberaler abgebildet, als sie sei. [...] Die Zeitung selbst sieht sich als kritisch, überlasse jedoch nach eigenen Worten „vernichtende Kritik an Russland“ anderen. «



Russische Föderation

Position: Todesstrafe



ORF – österreichischer Rundfunk (2022)¹

Russisch-orthodoxe Kirche gegen Todesstrafe



» Metropolit Hilarion (Alfejew), Leiter des Außenamtes des Moskauer Patriarchats sprach sich laut Nachrichtenagentur Interfax (Montag) im TV-Sender Rossiya-24 gegen eine Wiederaufnahme der Todesstrafe in Russland aus. Eine Wiederaufnahme der **Vollstreckung von Todesstrafen verringere die Anzahl an Verbrechen nicht**. Ebenso wenig führe es zu einer positiven Veränderung des öffentlichen Bewusstseins, so der Metropolit.

Hilarion, der als „Nummer zwei“ in der russisch-orthodoxen Kirche gilt, zeigte sich überzeugt, dass auch **Terroristen** durch die Androhung der Todesstrafe nicht von ihren Taten abgehalten werden könnten. Zudem könnten **Justizirrtümer** nicht mehr behoben werden.

Hilarion erinnerte aber auch an die „**schrecklichen Verbrechen**“ der Geschichte, bei denen etwa Menschen „**unschuldig der stalinistischen Repressionen zum Opfer gefallen**“ seien. Hilarion bezog sich damit auf die Zeit unter Stalin als insbesondere in den 1930er Jahren Menschen von einer Sondertrioika zum Tode verurteilt und erschossen wurden.

„Ich glaube nicht, dass wir zu so etwas zurückkehren sollten“, betonte der Metropolit: „Unsere eigene **traurige Geschichte mit Massenhinrichtungen** und späteren Rehabilitierungen sollte uns lehren, dass wir diese Fehler nicht wiederholen dürfen.“

Hintergrund der Stellungnahme Hilarions ist ein jüngst publiziertes Buch des Präsidenten des russischen Verfassungsgerichts. Höchstrichter Walerij Sorkin ging darin unter anderem auf die nach wie vor bestehenden rechtlichen Grundlagen für die Todesstrafe in Russland ein.

Die russische **Verfassung erlaubt Hinrichtungen** als „außerordentliche Strafmaßnahme für besonders schwere Straftaten gegen das Leben“. Allerdings gibt es seit 1999 ein Moratorium zur Vollstreckung der Todesstrafe. Das russische **Verfassungsgericht verbot 2009 wegen internationaler Abkommen Hinrichtungen** auch nach Auslaufen des zunächst zehnjährigen Moratoriums. «